

Tagung 22

Die Corona-Pandemie hat uns deutlich gezeigt, wie verwundbar unsere Gesellschaft ist und welche Menschen davon besonders betroffen sind. Unsere Zukunft steckt nicht zuletzt durch die Klimakrise und durch die massiven Auswirkungen des Angriffskrieges gegen die Ukraine voller Herausforderungen, die gerade Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen besonders stark spüren. Wie wir unsere Gesellschaft angesichts vielfältiger Krisen armutsfester und gerechter machen können, wollen wir bei unserer Tagung am 27. September gemeinsam diskutieren.

Impulsreferat
von Arno Niesner

Resiliente Demokratie - der geeignete Rahmen für eine krisenfeste Politik

Österreich wurde vom [V-Dem-Institut in Göteborg](#) von einer liberalen Demokratie zu einer Wahldemokratie herabgestuft. Um ein weiteres Abrutschen in Richtung [illiberale Demokratie](#) zu vermeiden, soll durch „[mehr Möglichkeiten der Teilnahme, mehr Transparenz und die Stärkung des Parlaments](#)“ das „Vertrauen der Bevölkerung in die Politik“ gestärkt werden. Soweit [Jörg Leichtfried](#) als Reaktion darauf. Ein weiterer Abgeordneter zum Nationalrat äußerte zudem den Wunsch zur Durchführung einer [Parlamentsreform-Kommission](#).

Gehen wir bei unserer Erarbeitung einer Frage, die wir anschließend an die anwesenden Volksvertreter:innen stellen wollen systematisch vor und beginnen wir mit

1. Aus der Praxis

Wenn selbst Rockbands wie *Die Toten Hosen* und *Die Ärzte* bereit sind, für klimapositive und nachhaltige Veranstaltungen "[Opfer zu bringen](#)" und dabei wissen, dass sie viel verlangen, wenn sie ihr Publikum "[da mit ins Boot holen](#)", dann darf für die Politik keine Ausrede mehr gelten. So zeigen auch die [Erfahrungen des Klimarates](#), dass Bürgerinnen und Bürger "um vieles weiter gehen [würden], als es die Entscheidungsträger bisher geglaubt haben, weil sie verstanden haben, dass es notwendig ist." Die Erkenntnisse daraus mögen dazu führen, "[neue Beteiligungsformen in die repräsentative Demokratie \[zu\] integrieren](#)." In der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien führte ein vom Parlament im Jahr 2017 organisierter Bürgerdialog genau dazu, weil: "[Bestärkt durch die positiven Echos der Beteiligten entstand die Idee, aus dieser einmaligen Initiative etwas Beständigeres zu machen](#)." Mittlerweile wurde das Modell einer permanenten Bürgerbeteiligung - das sogenannte "Ostbelgien-Modell" - ausgearbeitet und umgesetzt.

Frage: **Wieso sollten wir uns als Armutsnetzwerk Steiermark für „neue Beteiligungsformen“ in der repräsentativen Demokratie beschäftigen?** Denn auch in unserem Bundesland gibt es ein Ressort, das sich – so hoffen wir – nicht nur

auf dem Papier der Bekämpfung von Armut widmet. Lesen wir allerdings zB nach bei Judith Butler, so wird uns dann doch einiges klarer:

„Unterstützung zur Überwindung von Prekarität ist gut, aber werden damit auch die strukturellen Formen der Gewalt und eine Wirtschaftsordnung, die Bevölkerungsgruppen einer nicht mehr lebberen Prekarität aussetzt, in den Blick genommen und bekämpft?“ (Die Macht der Gewaltlosigkeit, 2021, S 232)

Die Frage von Judith Butler blickt also über die herkömmliche Form der Armutsbekämpfung hinaus und verweist auf die in einer Demokratie gestaltbaren „strukturellen Formen der Gewalt“. Gesund ist das für viele sicher nicht. Das ist mittlerweile hinlänglich bekannt: „Arme erkranken eher schwer, verunfallen häufiger und sterben früher.“ (Peter Stoppacher/Marina Edler, in: [Armut in der Steiermark](#), 2016, S 79)

2. Aus der Theorie

Womit wir bei unserem ersten Begriff sind, den wir näher begutachten: Resilienz.

Dieser bezeichnet für [Thomas Klie](#) "nicht nur [...] die Fähigkeit von Personen, Krisensituationen und Stress zu überstehen, sondern" er verwendet ihn auch "für Regionen und Kommunen" und er meint dabei "in besonderer Weise die Anpassungsfähigkeit an neue Umweltbedingungen [...] und die Fähigkeit, Zukunft zu antizipieren und sich gestaltend auf sie einzustellen."

Damit sind wir auch schon beim zweiten Begriff angelangt, den Thomas Klie wie folgt definiert: "Demokratie bietet prinzipiell allen Bürger*innen Mitentscheidungs-, Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in ihrem Gemeinwesen und ist auf die Identifikation der Bürger*innen mit diesem angewiesen. Demokratie stellt sowohl individuell als auch kollektiv eine Lebensform dar, die sich in ihren institutionellen Ausprägungen immer wieder neu bewähren muss. Dazu gehört auch die Nutzung verschiedener Spielarten und Formen der Demokratie mit dem Ziel, möglichst viele Bürger*innen zu aktiven Mitgestalter*innen des Gemeinwesens zu machen."

Ich frage mich, inwieweit dies bereits realisiert ist, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aktiv die verschiedenen Spielarten und Formen der Demokratie nutzen.

Dazu Martina Zandonella und Tamara Ehs in: [Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie](#):

“Je prekärer die soziale Lage der Wiener*innen, desto seltener gehen sie zur Wahl ...

„Der österreichische Sozialstaat“, so meinen sie, fängt zwar „immer noch viele Risiken auf, [...] Doch das Sozialeigentum – und damit die Anrechte auf soziale Sicherungsleistungen, Pensionen, öffentliche Güter und Dienstleistungen – ist in den vergangenen Jahren geschrumpft. Damit einher ging ein dominierender politischer Diskurs, der die Empfänger*innen dieser Sicherungsleistungen abwertet, ausgrenzt und für ihre Situation ausschließlich selbst verantwortlich macht. [...]

Als Folge dieser Entwicklungen wird auch der sozio-ökonomische Spalt des Nichtwählens weiter aufgehen. Werden jedoch hauptsächlich die ressourcenstarken Stimmen gehört, geht das Recht nicht mehr vom Volk bzw. von einem repräsentativen Querschnitt des Volkes, sondern nur mehr von einem exklusiven Teil davon aus. Die durchgeführte Studie bestätigt, dass weder rechtliche Gleichheit allein noch die bloße

Ausweitung des Beteiligungskataloges zu mehr politischer Beteiligung führen, denn diese beruht weniger auf Freiwilligkeit denn auf sozio-ökonomischen Prämissen. Daher geht es vielmehr darum, der (zunehmenden) sozio-ökonomischen Ungleichheit entgegen zu wirken, um (wieder) mehr Menschen in demokratische Prozesse einzubinden. Die entscheidenden Faktoren für politische Partizipation sind ökonomische und soziale Sicherheit: formale Bildung, Einkommen, ein gesicherter Arbeitsplatz und gesellschaftliche Anerkennung. Politik, die mehr Menschen (wieder) gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, stärkt die Demokratie."

Frage: Wie können wir die Demokratie stärken, wenn "ökonomische und soziale Sicherheit" zum Teil weiterhin prekär bleiben, weil politische Interessen dem Wunsch nach mehr sozialer Gleichheit entgegenstehen?

3. Aus der Politik

Zurück zu den Erfahrungen, die im Rahmen des Klimarates gemacht wurden. Wird nun mit Zustimmung der ÖVP tatsächlich ein den Durchschnitt der Gesamtbevölkerung abbildender [Klimarat](#) eingerichtet und macht dieser dann auch noch nach herkömmlichem Politikverständnis unattraktive Vorschläge wie "[90 km/h auf Bundesstraßen](#)", so antwortet bereits "[im Vorfeld der Veröffentlichungen](#)" derselbe ÖVP-Klimasprecher, der den „[unselbständigen Entschließungsantrag](#)“ miteingebracht hatte, auf die "**Frage, was mit den Empfehlungen geschehen soll [...]: 'Keine Ahnung. Das hat für mich keine Relevanz.'**"

Ist dem so, "dass informierte Bürgerinnen und Bürger bereit sind, weiter zu gehen als die Politik" ([Reinhard Steurer](#), BOKU Wien), dann sollten wir diese angesichts der anstehenden und gesellschaftlich herausfordernden Transformationen mitwirken lassen an der Gesetzgebung. So regte Caritas-Präsident [Michael Landau](#) bereits an: "Wir würden uns beispielsweise wünschen, dass künftige Gesetze und Verordnungen nicht nur einem Klima-Check, sondern auch einem Armuts-Check unterzogen werden, ..."

Frage: Wie soll diese Idee umgesetzt werden?

Der in Deutschland tätige „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) hatte dazu bereits im Jahr 2011 in seinem Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ die Einrichtung einer [Zukunftskammer](#) empfohlen:

"Um Zukunftsinteressen institutionell zu verankern, empfiehlt der WBGU zu erproben, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren um eine deliberative 'Zukunftskammer' zu erweitern. Um interessens- und parteipolitische Einmischung zu vermeiden, könnte die Zusammensetzung dieser Kammer beispielsweise durch Losverfahren ermittelt werden." Das führt mich zur Überlegung, einen

4. Bundes- und Gemeinwohlat

einzurichten. Eine [zweite Kammer](#), die sich neben den (föderalistischen) Länder- auch um die (republikanischen) Gemeinwohlinteressen bemüht, hat den Vorteil, jeden einzelnen zur Debatte stehenden Gesetzesvorschlag auf seine entsprechende Tauglichkeit zu überprüfen. Herkömmliche Bürger-innenräte ([Citizens' Assemblies](#), [Wisdom Councils](#)) dagegen werden allenfalls zu bestimmten Themen eingerichtet, durch die sich die Politik vor ihren Entscheidungen (unverbindlich) beraten lässt. Wir könnten dazu aufrufen, **mehr Demokratie zu wagen** mit dem Ziel, die Interessen sozialer Randgruppen mehr als bisher zu berücksichtigen. Wird dadurch „[Armut trotz](#)

Arbeit“ (D 2022, Ö 2019) verringert, so bringt dieser Effekt auch **Vorteile für die Gesamtgesellschaft**, also für alle. Ein weiteres Beispiel ist „Housing First“, wodurch Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, eine kleine Wohnung und Beratung erhalten. Quintessenz: „Das ist für den Staat billiger als die Obdachlosigkeit.“

Tamara Ehs, in: Krisendemokratie (2020), S 22: „Demokratie hat allerdings den Pluralismus und damit die Notwendigkeit der Einholung einer Diversität von Meinungen nicht nur idealerweise zur Voraussetzung, sondern eine [Anm.: die „selektive Responsivität“ konterkarierende] breitere Entscheidungsfindung führt auch zu besseren, weithin akzeptierten Gesetzen.“

Tamara Ehs & Stefan Vospernik in ihrem Beitrag zu „Kritisches Handbuch der österreichischen Demokratie“ (2020), S 113: „Da klassische Parteien auch aufgrund des Vertrauensverlusts längst nicht mehr dazu in der Lage sind, die BürgerInnen umfassend zu repräsentieren, führt an einer verstärkten unmittelbaren Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen kein Weg vorbei.“

Dieser Befund trifft offensichtlich auch auf die bestehenden Netzwerke zu, wenn es darum geht, die unterschiedlichen Interessen einer „zunehmend fragmentierten Gesellschaft“ (Therese Stickler, Umweltbundesamt) in der Gesetzgebung zu berücksichtigen. **Damit stellt sich die Frage, inwieweit die Einrichtung eines Bundes- und Gemeinwohrrates bessere Ergebnisse erwarten lässt.**

Allein aus den **Analysen von Michael J. Sandel** zu den Ungleichheit akzeptierenden (S 155) Folgen einer „*Abneigung* [nicht nur von Gebildeten] *gegenüber Ungebildeten*“ (S 153) dürfen wir auf das demokratiepolitische Erfordernis schließen, eine ausgleichende sozioökonomische Durchmischung auf der Ebene der Legislative anzustreben, um so „der populistischen Reaktion auf die Eliten“ (S 152 f) präventiv zu begegnen. „Gutes Regieren“, so Michael J. Sandel, „erfordert praktische Klugheit und bürgerliche Tugend (Anm.: vgl. Platon) – die Fähigkeit, über das Gemeinwohl zu verhandeln und es wirksam zu verfolgen.“ (S 159) Dennoch sieht die Realität in der (partei-)politischen Landschaft so aus: „Auf Bürger ohne Uni-Abschluss sah man in den 2000ern nicht nur hinab; in den USA und in Europa waren sie von gewählten Posten praktisch ausgeschlossen.“ (S 155)



Dieser Text und weitere Inhalte:

<https://bosolei.com/2022/07/08/resiliente-demokratie-der-geeignete-rahmen-fur-eine-krisenfeste-politik>

oder kurz: <http://t22.bosolei.com>